

**Protokoll zum Workshop mit Alfred Angula, NaFWU,
und Herbert Jauch, LaRRI, aus Namibia am 26.9.2008:**

**Sozialer Widerstand in Namibia
zwischen Neoliberalisierung, Privatisierung und dem Kampf um den Boden –
Perspektiven einer Zusammenarbeit**

Der Workshop, den Kasimir von Loeben leitete, wurde in drei Blöcke aufgeteilt, von denen jeder aus Vorträgen der Referenten mit anschließender Diskussionsrunde bestand.

Block I: Ökonomische Struktur und Vernetzung

Unter diesem Titel griff Herbert Jauch die ökonomische und soziale Lage im südlichen Afrika auf und legte besonderen Nachdruck auf die Veränderungen, die sich aus den neoliberalen Strukturanpassungen in den letzten Jahrzehnten auf die Gesellschafts-, Arbeits- und Lebensbedingungen ergeben haben. Gegen diese neoliberale Vereinnahmung gibt es auch im südlichen Afrika Widerstandstendenzen, die ihren Ausdruck im Projekt „Alternativen zum Neoliberalismus im Südlichen Afrika“ (ANSA) gefunden haben. Diese Ideen wurden 2007 in Buchform veröffentlicht und machen Vorschläge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie, deren Kern zehn Strategierichtlinien bilden.

Jauch gab zum Verständnis der politischen und sozialen Situation zunächst einen historischen Überblick über die Geschichte des Kolonialismus und der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika – über den Widerstand gegen die Kolonialherrschaft, die „Stellvertreterkriege“ während des Kalten Krieges und den Weg in die Unabhängigkeit, welcher die verschiedenen Staaten des südlichen Afrika vor ganz unterschiedliche Problemkonstellationen stellt. Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Teils der Welt ist das südliche Afrika zu einem Spielfeld und Einflusszone vielfältiger geopolitischer Akteure und neoliberaler Institutionen geworden. Die globale Arbeitsteilung zementiert die Rolle der südafrikanischen Staaten als Rohstofflieferanten ohne verarbeitende Industrie. Die Massenarmut und Arbeitslosigkeit, die in Ländern wie Namibia um 40% beträgt, verringern sich auch trotz Wirtschaftswachstums nicht. Die „Strukturanpassungsprogramme“, wie sie diesen Staaten von IWF und Weltbank aufoktroiert wurden, haben mit der erzwungenen Öffnung der heimischen Märkte, dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und der Privatisierung öffentlicher Güter die sozialen Errungenschaften, die mit der Unabhängigkeit erkämpft wurden, wieder rückgängig gemacht. Vielmehr führen diese Maßnahmen zu einer Kooperation der nationalen Eliten mit den internationalen Kapitalinteressen auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.

Zumindest ist es in Namibia sozialen Gruppen gelungen durch ihren Widerstand, eine geplante Privatisierung von Wasser- und Elektrizitätswerken zu verhindern.

Für die Entwicklung von langfristigen Strategien gegen die Umklammerung durch neoliberale Kräfte hat die Gruppe um „ANSA“ folgende Eckpunkte zugrunde gelegt. Wie die Verfasser schreiben, beruht die ANSA-Alternative auf zehn Prinzipien:

- „ 1. It is led by the people;
2. Autocentric development, based on domestic, human needs and the use of the local resources;
3. Regional integration, led from the grassroots;
4. Selective delinking and negotiated relinking;
5. Alternative science and technology;
6. National, regional and global, progressive alliances;
7. Redistribution to empower the non-formal sector;
8. Gender rights as the basis for development;
9. Education for sustainable human development;
10. A dynamic, participatory and radical democracy.”

Insgesamt vertritt die ANSA-Initiative die Auffassung, dass das südliche Afrika nur dann nicht zu den Verlierern der Globalisierung auch in der Zukunft gehören wird, wenn eine ökonomische Entwicklung innerhalb eines Blocks südafrikanischer Staaten vorangetrieben wird, innerhalb dessen die Produktion und Verteilung von Gütern auf die Bedürfnisse der Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten ausgerichtet ist. ANSA fordert somit einen radikalen Bruch mit den Prinzipien der neoliberalen Globalisierung und sieht eine Zukunft in einem integrierten südafrikanischen Wirtschaftsblock, der die eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten vor dem Weltmarkt schützt und gedeihen lässt. Ein solches Vorhaben ist angesichts der Korruption in den afrikanischen Eliten nur dann möglich, wenn die Möglichkeiten der Kontrolle staatlichen Handelns durch Elemente partizipativer Demokratie erweitert werden würden.

In der Diskussion wurde auf diesen Punkt mit der Frage Bezug genommen, ob nicht die radikaldemokratische Stoßrichtung des Papiers in Widerspruch stehe zur geforderten Wiederbelebung der Rolle des Staates im Wirtschafts- und Entwicklungsprozess. Starkes Interesse wurde zudem nach den sozialen Trägern und Akteuren eines solchen Prozesses, beispielsweise Gewerkschafts- und anderer sozialer Bewegungen, geäußert. Jauch wies an einigen schlagenden Beispielen auf den politischen Einfluss von Gewerkschaften im politischen Geschehen einiger Länder, wie z.B. Simbabwe, Südafrika, aber auch Namibia hin. Leider hätten aber in den meisten Fällen auch deren Eliten, nachdem sie Ämter errungen hätten, ihren politischen Einfluss nicht zur Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung geltend gemacht, sondern vielmehr dazu,

sich selbst zu bereichern.

Block II: Lage der Farmarbeiter und Landfrage

Im zweiten Block erläuterte Alfred Angula die Lebensbedingungen der Arbeiter in der Landwirtschaft und berichtet über das Fortkommen und die Schwierigkeiten bei der Landreform. Die Landfrage ist eine noch immer ungelöste Folgebelastung des Kolonialismus in Namibia, in deren Verlauf die namibische Bevölkerung enteignet und zur Arbeit auf dem unrechtmäßig angeeigneten Land gezwungen wurden. Dies spiegelt sich noch heute in der Konzentration großer Farmen und deren hauptsächlich weißen Besitzern wieder. Ca. 52 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von zumeist weißen Farmern bewirtschaftet. Nach der Unabhängigkeit wurde 1991 eine Konferenz in Windhoek abgehalten, die als Empfehlung zur Lösung der Landfrage u.a. vorschlug, dass

- ausländischer Besitz an Farmen verboten werden sollte,
- Länderein, deren Besitzer sich nicht in Namibia aufhalten enteignet werden sollten,
- eine Steuer auf den kommerziellen Betrieb von Farmen erhoben werden sollte,
- unbewirtschaftetes Land neu verteilt werden sollte.

Zur Verbesserung der Lage der Landbevölkerung hat die namibische Regierung in der Landfrage zwar ihren guten Willen beteuert, aber, da vor der Unabhängigkeit die Eigentumsbedingungen anerkannt worden waren, sich allerdings lediglich auf einen Rückkauf der Farmen festlegen wollen. Die namibische Regierung geht dabei nach dem „willing buyer/willing seller“-Prinzip vor, d.h. einer Rückkaufbemühung, die auf die völlige Freiwilligkeit der Farmbesitzer setzt. Damit scheinen der namibischen Regierung die Hände gebunden zu sein. Zudem sind die Fragen ungeklärt, nach welchen Prinzipien eine Neuverteilung des zurückgekauften Landes stattfinden könnte. Die Farmen lassen sich aus Effizienzgründen nicht in beliebig große Teile zerstückeln. Zudem hat die bisherige Erfahrung gezeigt, dass bei einer Neuübernahmen der Großfarmen nicht die kommerzielle Landwirtschaft fortgeführt wurde, sondern diese von den Besitzern in Ruhesitze oder „hunting farms“ umgewandelt wurden, was eine massive Entlassung von Landarbeitern und ihre Vertreibung aus jenen Behausungen geführt hat, in denen sie zum Teil seit Jahrzehnten wohnten. Diese Menschen verbleiben in Namibia ohne jede Lebensgrundlage. Die NaFWU hat daher ein unbegrenztes Bleiberecht für Landarbeiter erkämpft, die seit mehr als zehn Jahren auf einer Farm gearbeitet haben.

Die Landfrage als unaufgearbeitete Hinterlassenschaft des kolonialistischen Unrechts und als Kampf um menschenwürdige Lebensbedingungen hat in Namibia nicht die Ausmaße erreicht wie in Simbabwe – nichtsdestotrotz hat sie auch dort eine politische Brisanz, von der nicht genau

prognostiziert werden kann, in welcher Weise sie sich entwickeln wird.

Die Lage der 42 Tausend namibischen Farmarbeiter ist miserabel. So bestehen weiterhin autoritäre und patriarchalische Arbeitsbedingungen, in denen auch gegen namibisches Arbeitsrecht verstoßen wird. Die vorherrschende Armut der Arbeiterfamilien und der fehlende Zugang zu Bildung schreiben ihre Lebensperspektive fest. Nach harten Kämpfen hat die Gewerkschaft NaFWU einen Mindestlohn erkämpfen können, der allerdings auch für die dortigen Verhältnisse gering ist. Der Mindestlohn beträgt 429 N\$, was in etwa 36 Euro entspricht. Allerdings wird auch dieser Mindestlohn, wie das sozialwissenschaftliche Institut „LaRRI“ („Labor Resource & Research Institut“) feststellte, nur in der Hälfte der Fälle wirklich bezahlt.

Block III: Projekte in Namibia und Ausblicke der Zusammenarbeit

Im dritten Block stellte Herbert Jauch zunächst die Ergebnisse eines Projekts zur Untersuchung der Folgen einer Einführung eines garantierten Grundeinkommens („Basic Income Grant“) vor. Anlass war die Empfehlung zur Einführung eines landesweiten garantierten Grundeinkommens von 100 N\$ (ca. 9 Euro), das von der Geburt bis zum Rentenalter ausbezahlt und aus Steuermitteln finanziert werden sollte. Wegen Widerständen aus dem Finanzministerium kam es nicht zu einer Einführung. Eine Koalition aus Gewerkschaften, Kirchen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren hielt aber weiterhin an dieser Idee fest und brachte in der tausend Menschen umfassenden Ortschaft Otjivero das Projekt aus eigenen Mitteln auf den Weg. Die Realität der Einwohner vor dem Modellversuch war geprägt von elenden sozialen Zuständen – Arbeitslosigkeit, Armut und Unterernährung. Die Auszahlung des relativ geringen Betrags erbrachte ermutigende Ergebnisse: so wurde es vornehmlich dazu gebraucht, eigenes Gewerbe zu eröffnen und die eigene Behausung auszubessern. Sowohl eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten, eine Reduzierung der Kriminalitätsrate als auch eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bewohner sind die vielversprechenden Zeichen für die positiven Auswirkungen einer landesweiten Einführung, wie sie die „Basic Income Grant Coalition“ fordert.

Als letzter Punkt wurden die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit und Unterstützung aus Deutschland für die namibische Gewerkschaft und Bevölkerung diskutiert. Herbert Jauch und Alfred Angula äußerten die Hoffnung, dass die inzwischen gewachsene Beziehung mit den deutschen Partnern fortgeführt werde und durch sie eine Öffentlichkeit für die Probleme Namibias geschaffen werde. Konkreter war der Vorschlag Angulas, der darauf hinwies, dass der

Tourismus (auch aus Deutschland) ein starker Wirtschaftsfaktor in Namibia sei. In Parallele zur „Fair Trade“-Bewegung könnte hier die Propagierung eines „Fair bzw. Clean Tourism“ angeschlossen, mit dem die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter verbessert werden könnten. So könnten Gewerkschaften, Kirchen oder andere zivilgesellschaftliche Akteure die Arbeitsbedingungen auf den für den Tourismus genutzten Farmen prüfen und diejenigen zertifizieren, bei denen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen eingehalten und Mindestlöhne gezahlt werden. Er bat für diese Idee um Unterstützung in Deutschland.

Die Teilnehmer schlugen vor, sich zunächst einmal um den Anschluss an ähnliche bestehende Initiative zum „fairen Tourismus“ zu kümmern und dann mit den entsprechenden Informationen weitere Schritte zu diesem Vorhaben zu unternehmen.